

Sozialer Fortschritt und institutionelle soziale Innovation stabilisieren die Demokratie und Gesellschaft

Ein Ansatz zur Bewältigung des ökologischen und digitalen Wandels

Gewerkschaften sind von jeher elementarer Teil des sozialen Fortschritts; sie sind Teil der institutionellen sozialen Innovation. Gewerkschaften sind ein Anker in der liberalen Demokratie; sie bündeln und kanalisieren nicht nur die Interessen der Arbeitnehmer_innen, sie stärken auch die Souveränitätsrechte Einzelner. Die liberale Demokratie ist für die Gewerkschaften bei all dem das zentrale Fundament auf dem sie wirken. Stets wiederkehrend belegen Studien die gesellschaftlichen als auch wirtschaftlichen Vorteile, mit denen die grundlegende Sicherheit und der umfassende Schutz der Arbeitnehmer:innen verbunden sind; mit denen gute Arbeitsbeziehungen, Tarifbindung und Mitbestimmung einhergehen, denn sie erst garantieren in der Wertschöpfung eine stabile Motivation zu herausragenden Leistungen, allerhöchster Qualität und exzellenten Innovationen; diese nachgewiesenen (und hier nur kurz skizzierten) Vorteile verdeutlichen den unmittelbaren Zusammenhang mit der liberalen Demokratie.

Starker Sozial- und gerechter Wohlfahrtsstaat gefordert

Schutz und Sicherheit ergeben sich nicht aus einer politischen Richtung / Haltung, sondern aus der Mitte der Gesellschaft heraus. In Not- und auch Lebenslagen - wie Unfall, Krankheit, Erwerbslosigkeit, Pflege - oder Rente wird von der deutlichen Mehrheit Daseinsvor- und Fürsorge vom Staat erwartet; die Menschen erwarten einen starken Sozial- und gerechten Wohlfahrtsstaat. Laut einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - OECD aus 2019 sind 78 Prozent der Befragten der Meinung: „*dass der Staat mehr dafür tun sollte, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Absicherung zu gewährleisten.*“ Eben dieser Auffassung, wen wundert es, schließen sich die Gewerkschaften in ihrem Bund, dem DGB, mit dem gemeinsam aktuell formulierten Papier „*Arbeit im Wandel braucht mehr Arbeitsmarktpolitik*“ an.

Bereits einige Jahre zuvor konnten einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung - FES „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ entnommen werden, dass 95 Prozent der Befragten der Auffassung sind, dass *der Staat die Versorgung der Kranken sicherstellen sollte*; 94 Prozent sehen *die Sicherheit eines angemessenen Lebensstandards für Ältere als Aufgabe der Regierung an* und 86 Prozent fordern, dass *die Vereinbarkeit von Familie und Beruf staatlich gefördert werden sollte*. Bemerkenswert sind zudem die Ergebnisse bei

den Fragen, in denen die Regierung Investitionen vornehmen sollte - die Ergebnisse: in Schulen 91 Prozent, in Pflegeeinrichtungen 87 Prozent, in Kindertageseinrichtungen 80 Prozent – also rund um in Einrichtungen des täglichen Lebens vor Ort.

Ungleichheit spaltet und schränkt wirtschaftliche Entwicklung ein

Diese Haltungen der Menschen kommen nicht von ungefähr. Im Vergleich zu anderen Ländern fällt auf: Hierzulande ist der Anteil der Niedriglohnempfänger besonders hoch. Etwa 25 Prozent der Beschäftigten in Deutschland sind betroffen. Nur in Lettland, Rumänien, Litauen, Polen und Estland ist der Anteil der Niedriglohnempfänger noch höher. Der Durchschnitt in der Europäischen Union liegt laut Eurostat bei 17 Prozent. Insgesamt besitzen die wohlhabendsten zehn Prozent der Haushalte etwa 60 Prozent des Gesamtvermögens, netto, also ohne Schulden. Die untersten 20 Prozent besitzen gar kein Vermögen. Etwa zehn Prozent aller Haushalte sind überschuldet. Die genannten Zahlen beruhen auf konservativen Schätzungen, das wahre Ausmaß der Ungleichheit ist wohl noch größer. Schließlich sind die hohen und sehr hohen Vermögen in den meisten Statistiken nicht erfasst – die Stichproben beruhen auf freiwilligen Angaben, an denen sich die Multimillionäre und Milliardäre in der Regel nicht beteiligen.

Sowohl der Internationale Währungsfonds - IWF als auch die OECD und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung - DIW kommen zu dem Ergebnis, dass sich die seit den 1990er Jahren wachsende Ungleichheit negativ auf die wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit auswirkt. Nicht nur die niedrigen Einkommen, die prekären und atypischen Beschäftigungsverhältnisse, führen zu einer geringen Teilhabe und zu einer geringen Altersversorgung, sondern auch die nicht am Lebensstandard orientierenden Leistungen im Notfall; sie sind es, die den sozialen Zusammenhalt, die Zahlungsbereitschaft in die Sicherungssysteme und vor allem das Vertrauen in die demokratischen Institutionen reduzieren.

Nach einer Umfrage des FES im September 2019 „Vertrauen in Demokratie“ gibt über die Hälfte (53,4 Prozent) der Befragten an, dass *sie unzufrieden mit der Demokratie in Deutschland sind*. In der Gruppe der Personen, die sich selbst der Arbeiterschicht zu rechnen, liegt der Wert gar knapp bei 70 Prozent. Mit anderen Worten: Der Staat und seine demokratische Verfasstheit kann insgesamt nur durch einen leistungsfähigen Sozialstaat gestützt werden. Oder anders ausgedrückt: Keine funktionierende Demokratie ohne Sozialstaat.

Solidarität gehört zu den großen Menschheitsideen.

Überall, wo Gesellschaft ist, gibt es auch Solidarität. Denn ohne Solidarität ist kaum ein friedliches Miteinander denkbar. Ohne wechselseitige Anteilnahme, grundsätzliche Sympathie füreinander, der Bereitschaft, einander zu verstehen und aufeinander Rücksicht zu nehmen, ist ein funktionierendes Miteinander der freien und gleichen Einzelnen nicht vorstellbar.

Zugleich ist diese Solidarität bedroht, nicht zuletzt, weil sich die Orte, an denen Solidarität entsteht, im Wandel befinden. Gegenwärtig erleben wir eine Transformation der Sozialisation, die nicht mehr betrieblich ist, sondern häufig im Selbst stattfindet.

Propagiert wird eine Art „*moderner Arbeit*“ – zumindest vordergründig –, in der es nicht mehr um Zwang und Kontrolle, sondern um Freiheit und Selbstverwirklichung gehen würde. Jenseits von Stechuhr und Festanstellung wird Arbeit als Ausdruck von Leidenschaft und Kreativität verstanden, der Einzelne ist nicht mehr Teil eines betrieblichen Kollektivs, sondern wirkt allein im Team. Trotz objektiv ähnlichen Lebenslagen entsteht so kaum eine Form der Zugehörigkeit.

Sich dem Stress des Turbokapitalismus zu entziehen und wahlweise auf den prasselnden Regen oder die eigene innere Stimme zu hören, auf der Suche nach „Achtsamkeit“, das ist populär. Und es scheint sich darin eine Abkehr von der kapitalistischen Logik, die auf ständige Verwertbarkeit, Leistungssteigerung und Nützlichkeit abzielt, zu verbergen. Zugleich drückt sich darin aber eine extrem ichbezogene Strategie der Lebensführung aus. Es geht nicht um ein Miteinander aller, sondern um innere Ruhe des Einzelnen. Im Zweifelsfall siegt der Seelenfrieden über die Güte.

Verkennen wir nicht, dass Egoismen und Emotionen Umstände und Wirklichkeiten abgelöst haben. Zu finden nicht nur auf den Plattformen der *Silicon-Valley*-Industrie, vielmehr auch in den klassischen Medien, bei gesellschaftlichen Zusammenkünften oder auf Partys. Das liegt zunehmend daran, dass nicht Politik, sondern Identität ausgestellt und verkauft wird. Die meisten Aktivitäten zielen nicht auf eine konstruktiv-gesellschaftliche Veränderung, sondern auf die Stabilisierung des eigenen „*Ichs*“, bevorzugt in der Abgrenzung zu den Anderen. Und alle wissen, diese Strategie ist zum Scheitern verurteilt.

Denn dieser Rückzug ins *Ich* blendet eine zutiefst menschliche Grundkonstante aus: Der Einzelne kann nur in Bezug auf andere einen Begriff von sich selbst gewinnen. Nur im Anderen kann man sich selbst erkennen. Ohne Wechselseitigkeit, ohne Anteilnahme, ohne Solidarität ist das menschliche Leben schwer vorstellbar. Der Einzelne und die Gemeinschaft sind verbunden.

In diesen Tagen ist der dominante Konflikt derjenige einer exklusiven Solidarität, die nur der eigenen Gruppe gilt. Den Anderen, den Minderheiten, Erwerbssuchenden, Zu- oder Eingewanderten bspw. gilt die Solidarität – aus der Sicht der Gruppe: natürlich! – nicht, schon gar nicht dem Rest der Welt.

Auf der anderen Seite steht eine inklusive Solidaritätsidee, die eben gerade für die Anderen – auch die Zugewanderten – Solidarität einfordert.

Die Gräben zwischen diesen Gruppen scheinen sich eher zu vertiefen. Uns obliegen die Brücken zu bauen, die Gräben zu überwinden und die Mauern in den Köpfen einzureißen.

Bei gründlicher Betrachtung haben wir jede Menge Anknüpfungspunkte für diejenigen, die sich auch handlungspraktisch mit Solidarität auseinander- und konkret einsetzen möchten. Es sind die Gewerkschaften, die das solidarische *Wir*-Gefühl vor allem als Projektion auf die Zukunft hin entstehen lassen. Denn wir wissen: Nur wenn es die Aussicht auf ein neues, künftiges *Wir* gibt, wächst der Zusammenhalt,

nicht über die Beschäftigung mit der Vergangenheit. Und, um Solidarität zu befördern, braucht es Mut zu einer großen, integrierenden Vision.

Die Idee des Miteinanders, des Zusammenhalts, der Geschlossenheit, eben der Solidarität ist nicht totzukriegen. Die gewerkschaftspolitische Erfahrung zeigt: Wir tun gut daran, sie auch in 2020 fortgesetzt mutig anzupacken. Wir geben der sich wie eine Krankheit ausbreitenden Müdigkeit nicht nach - im Gegenteil: Sie motiviert uns, macht uns ent- und geschlossener denn je.

Wandel braucht Fairness und Stabilität

Das klare und uneingeschränkte gesellschaftliche Bekenntnis zur Solidarität und demokratischer Verfasstheit ist die Grundvoraussetzung für das Gelingen des Wandels.

Erst das Zusammenbringen von liberaler Demokratie und starkem Sozialstaat; das Zusammenbringen von liberaler Demokratie und ernstgemeintem Umweltschutz; das Zusammenbringen von liberaler Demokratie und beteiligungsorientierter Digitalisierung werden eben diese Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit stabilisieren und stärken - dies sollte zentrale Aufgabe für das Jahr 2020 sein. Dieser Aufbruch funktioniert über politische Vertrauensfiguren - und es sind gerade die Gewerkschaften, die dieses Vertrauen besonders genießen, so die FES-Umfrage „Vertrauen in Demokratie“: zwischen 53 und 65 Prozent *liegt das Vertrauen der Befragten* (je nach Lebensalter) *bei den Gewerkschaften* (an dritter/vierter Position, hinter Hochschulen, Justiz und Nichtregierungsorganisationen und vor Bundestag, Bundesregierung, Medien, Arbeitgeberverbänden, Parteien und Internet-Blogs). Mit ihrem DGB-Zukunftsdialog stehen die Gewerkschaften somit im Zentrum einer aufbruchsbereiten Gesellschaft.

Der Sozialstaat ist die effizienteste und effektivste Art, gesellschaftliche Beziehungen zu strukturieren, weil er es Menschen gestattet, über die verfügbaren Ressourcen - damit eben auch die der ökologische und digitale Transformation - so mitzuentcheiden und in ihrem Sinne die Notwendigkeiten, Bedürfnisse und Interessen voll auszuschöpfen, wie die Gesellschaft gestaltet sein will. In den vergangenen drei Jahrzehnten war diese bewährte und anerkannte Struktur zahlreichen neoliberalen Angriffen ausgesetzt. Die Verteidigung und Abwehrkämpfe waren nötig und trotzdem schwächten sie das System und hatte enorme schädliche Effekte. Neben den zahlreich Bekanntem fand kaum ein Nachdenken und Entwickeln über den technologischen Wandel und institutionell-sozialer Innovationen, mit denen die ökonomischen Kräfte in egalitäre Bahnen hätte gelenkt werden können, statt. Nunmehr regen die DGB-Gewerkschaften den Aufbau eines Transformationsfonds, um den wirtschaftlichen / gesellschaftlichen Transformationsprozess zu unterstützen, auf Bundesebene an. Zugleich gibt es aktuell die Idee eines europäischen Fonds für Investitionen in europäische Technologiefirmen. Allen ist gemein: Die Richtung, in die sich die ökologische wie digitale Infrastruktur entwickelt, muss stimmen; sie muss demnach bestimmt werden. Ohne eine solche klare strukturelle Intervention, werden wir die Kontrolle nicht zurückgewinnen und gar ganz verlieren.

Soziale Koordination konsequent fortsetzen

Um uns überhaupt Spielräume zu erhalten / zu schaffen, bedarf es einer Vielzahl von Interventionen; sie dürften die Voraussetzung für strukturelle, institutionelle und soziale Innovationen sein. Wenn nicht, wird das neoliberale Projekt, mit seinen selbstzerstörerischen Kräften, sein endgültiges Ziel erreichen und die Begrenzung der Belastungen für Mensch und Umwelt zunichtemachen.

Uns Gewerkschaften ist klar: Der Neoliberalismus hindert jede soziale Koordination, die auf Solidarität und Gleichheit basiert daran, groß zu werden und jene Räume zu besetzen.

Gerade die Debatte um die Technologiefirmen ist massiv neoliberal geprägt. Amazon, Facebook, Google und Co oder die Start-ups werden als Problemlöser präsentiert, während andere gesellschaftliche Kräfte wie Gewerkschaften, Genossenschaften, Gemeinden oder Nationalstaaten kaum in Erwägung gezogen werden. Auch wird zu wenig über die politische, demokratische, soziale und technologische Infrastruktur nachgedacht, die diesen Gruppen eine Zusammenarbeit gestatten würde, um großangelegte gemeinwohlorientierte Projekte zu entwickeln.

Umso mehr kommt es jetzt darauf an, die neue digitale und ökologische Landschaft konkret zu vermessen und zu gestalten. Wie könnte eine neue Institution aussehen, wo wir zusammenarbeiten, neues Wissen, gute Arbeit und eine an den Nachhaltigkeitszielen orientierte Wertschöpfung erschaffen?

Nehmen wir, stellvertretend auch für die ökologische Transformation, die Künstliche Intelligenz (KI): Künstliche Intelligenz ist bei genauer Betrachtung, wie Boden, Wasser und Luft, im gemeinwohlorientierten Sinne ein rein klassisches öffentliches Gut. Man entwickelt sie und stellt sie anderen zur Verfügung. KI ist Infrastruktur. Um diese Art von institutioneller sozialer Innovation geht es. Es braucht ein zentralisiertes und gemeinsames Vorgehen, wenn wir diesen großen Schritt zu einer sozialen, rechtlichen, politischen und finanziellen Institutionalisierung gehen wollen; es geht um Kontrolle und um Besitz der Infrastruktur; es geht letztlich um die demokratischen Legitimationsketten und um das Öffentlichkeitsprinzip.

Diese institutionelle soziale Innovation und Intervention in einem starken Sozialstaat basiert auf der äußerst wichtigen Annahme, dass bestimmte Dienste für das Wohlergehen der Menschen und die gesellschaftliche Solidarität derart bedeutsam sind, dass sie nicht dem Markt allein unterworfen werden dürfen. Wie Bildung, Wohnen, Justiz, Gesundheit, Pflege, Nahverkehr etc. und dazu zählt in naher Zukunft auch die digitale und ökologische Landschaft, nicht nur in der Gesellschaft selbst sondern folgerichtig auch in der Arbeitswelt.

Neu denken und Ideen zusammenbringen

Das digital und ökologisch vermittelte gesellschaftliche und betriebliche Zusammenwirken müssen so gestaltet werden, dass diese Infrastrukturen dazu genutzt werden können, solidarische und egalitäre Beziehungen zu verbreiten.

Die Idee, dass wir uns aus dem Schlamassel einfach befreien können, indem wir einer technokratischen Regulierungsagenda folgen, ist ein Mythos. Gebraucht wird ein ambitionierteres Projekt, was bestimmt, was uns ausmacht - was wir wollen. Die Begegnungen mit der Digitalisierung und der Ökologisierung bieten uns eine Möglichkeit; sie erlauben uns, über die Verteidigung der Errungenschaften aus dem 20. Jahrhundert hinauszugehen, sie konsequent im Sinne der Beschäftigten fortzuführen. Es geht um ein Modell, bei dem wir die Arbeitnehmer:innen unterstützen; bei dem wir uns auf die Errichtung eines Prototyps einlassen, in denen eine gute digitale/ökologische Ökonomie funktionieren kann, die auf Solidarität, Bürger- und Arbeitnehmerbeteiligung basiert.

Mir scheint es wichtig, dass wir gemeinsam und zeitnah gut ausgestattet, sichere und geschützte Räume für die Arbeitnehmer:innen in einer digital/ökologisch verändernden Welt von hieraus, eben soziale Innovationen schaffen. Einer alleine kann das wohl kaum leisten / schaffen, gehen wir das sehr ehrgeizige Vorhaben gemeinsam an.

Es geht um die Verbindung zweier Stränge. Der erste ist ein sehr praktisches, zupackendes Handeln, verbunden mit einer Reihe äußerst pragmatischer, gemeinwohl- und arbeitnehmerorientierter Interventionen auch und gerade im Betrieb. Der zweite Strang besteht darin, eine alternative Zukunft, frei vom Überschreiten der Belastungsgrenzen, zu entwerfen.

Der große Widerspruch des Neoliberalismus

Denn die gegenwärtige Lage ist höchst widersprüchlich. Einerseits läuft es gut für das neoliberale Projekt: Unternehmen wie Uber, Airbnb und Google tun viel für die Verankerung ihrer Idee, dass jeder ein Unternehmer sein soll und Wachstum die einzige Problemlösung ist. Damit etablieren sie diese Ideologie in unseren alltäglichen Interaktionen. Das neoliberale Projekt bekommt also nicht wenig Unterstützung aus dem *Silicon Valley*. Andererseits: Läuft alles weiter wie bisher, sind die Externalitäten oder Kosten dieses Systems so hoch, dass selbst die Neoliberalen überfordert sind und Märkte die Probleme endgültig nicht mehr lösen können. Man kann nicht Märkte für Lösungen schaffen und dann weitere Märkte für Lösungsmärkte. Denn dann bleiben die Probleme nicht nur ungelöst, sie häufen sich vielmehr an.



Frank Hornschu
DGB Kiel Region
Geschäftsführer und Vorsitzender

Kiel, im Jan. 2020